

Die "Tragödie von Chiapas" (Carlos Fuentes) hat zweifellos das politische Leben Gesamt-mexikos sensibilisiert und – anders als von den Linkskräften erhofft und vom PRI befürchtet – die Wahlen vom 21. August 1994 (dazu *Franke*, S. 35-55) beeinflusst. Die Unruhen im Süden und die Ermordung des PRI-Präsidentschaftskandidaten Colosio am 23. März 1994 ließen es vielen Mexikanern geraten erscheinen, sich gegen einen Wechsel und für den neuen Anwärter Zedillo zu entscheiden, der versprach, den bisherigen Wirtschaftskurs beibehalten zu wollen. Mag auch angesichts gewisser Wahlunregelmäßigkeiten (S. 50 f.) sowohl für die Wahlen von 1988 als auch für die von 1994 füglich bezweifelt werden, daß für den PRI-Kandidaten genau die magische Grenze von 50% überschritten worden ist (mit 50,36% bzw. 50,06%), so kann angesichts der Aufspaltung der Opposition in rechts (Partido Acción Nacional) und links (Partido de la Revolución Democrática) und der intensiven Wahlbeobachtung nicht zweifelhaft sein, daß der PRI-Kandidat die meisten Stimmen erhalten hat.

Wer über die innenpolitische Lage Mexikos fundiert und aktuell informiert sein will, sollte zu diesem Sammelband greifen.

Gerhard Scheffler

Ute Meyer

Der außenpolitische Entscheidungsprozeß der USA. Das Spannungsfeld Präsident – Kongreß am Beispiel der Nicaragua-Politik während der zweiten Amtsperiode Ronald Reagans

Leske & Budrich, Opladen, 1995, 242 S., DM 48,--

Kein außenpolitisches Thema hat die US-Regierung während der beiden Amtsperioden von Präsident Reagan (1981-89) länger und stärker beschäftigt als der Zentralamerika-Konflikt und insbesondere die Auseinandersetzung mit dem Sandinistenregime in Nicaragua. In der oberflächlich-bipolaren Perzeptionsweise Reagans, die endogene Ursachenfaktoren konsequent ausblendete, erschienen die *Comandantes* in Managua als Geschöpfe und Instrumente des Kreml und Havannas, die eine Revolutionierung des gesamten Isthmus anstreben und damit die nationale Sicherheit der USA bedrohten. Reagans obsessiv verfolgtes Ziel eines Machtwechsels in Nicaragua sah sich mit dem Dilemma konfrontiert, daß im politisch sensiblen Klima der Post-Vietnam-Ära weder die US-Öffentlichkeit noch der Kongreß bereit waren, die zur Herbeiführung eines Regimesturzes erforderlichen Methoden und Mittel zu billigen. Die Enthüllung illegaler Machenschaften zur Destabilisierung des Sandinistenregimes (Iran-Contra-Affäre) führte schließlich dazu, daß die ohnehin schwindenden Möglichkeiten der Reagan-Administration, den Verlauf der regionalpolitischen Entwicklung mitzugestalten, einen spürbaren Rückschlag erlitten.

Mit ihrer Untersuchung des Einflusses des Kongresses auf die Formulierung der Nicaragua-

Politik des Weißen Hauses möchte Ute Meyer dem durch die "executive-dominant"-Perspektive gekennzeichneten mainstream außenpolitischer Analysen den "interbranch politics"-Ansatz gegenüberstellen, um nachzuweisen, daß der Kongreß "... unter bestimmten Umständen zu einem mächtigen Gegenspieler des Präsidenten werden (kann), den dieser nicht ohne Konsequenzen für die Durchsetzung seiner Politik umgehen kann." (12) Sie konzentriert ihre Analyse auf das Repräsentantenhaus, das während der beiden Amtszeiten Reagans mehrheitlich mit oppositionellen Demokraten besetzt war, während der Senat bis 1986 von Vertretern der Republikaner kontrolliert wurde, die der Politik des Präsidenten in der Regel keine größeren Hindernisse in den Weg legten. Zeitlich ist die Analyse auf die zweite Amtsperiode Reagans beschränkt, in der sich die Konfrontation zwischen Exekutive und Kongreß über den Kurs der Nicaragua-Politik zuspitzte. Die Autorin strebt an, die wesentlichen Bestimmungsfaktoren der Nicaragua-Politik der Regierung Reagan sowie der diesbezüglichen Initiativen und Beschlüsse des Repräsentantenhauses kenntlich zu machen. Wenig erhellenden "methodischen Überlegungen" folgt in Kapitel II eine (allzu dünne) Skizze der Grundlagen der Nicaragua-Politik der Administration Reagan. Kapitel III bietet eine Zusammenfassung der Politik gegenüber Managua während der ersten Amtszeit Reagans von der geheimen Autorisierung der CIA zum Aufbau einer antisandinistischen Kampftruppe (als Basis der alsbald so bezeichneten Contra) im November 1981 über die als Reaktion auf die sich verdichtenden Informationen über diese "covert action" vom Repräsentantenhaus lancierten Initiativen zur Begrenzung des "geheimen Krieges" (Boland Amendment) und die ersten Konfrontationen zwischen den beiden Häusern des Kongresses bezüglich der Finanzierung der Contra bis zur parlamentarischen Verweigerung weiterer Unterstützung im Gefolge der Enthüllung der aktiven Rolle der CIA bei der Verminung nicaraguanischer Häfen.

In den Kapiteln IV bis VII erfolgt die Analyse der Entscheidungsprozesse im Repräsentantenhaus über die von der Exekutive in den Jahren 1985-88 beantragte Contra-Unterstützung. Während der erste Antrag der Regierung betreffend ein Hilfspaket von 14 Mio. US-\$ im April 1985 am Widerstand des Repräsentantenhauses scheiterte, fand die wenige Wochen später eingebrachte Vorlage mit einem Finanzvolumen von 28 Mio. US-\$ auch im *House* eine Mehrheit, allerdings nur um den Preis einer völligen Umwandlung der Unterstützung von Militär- in humanitäre Hilfe. 1986 gelang es dem Präsidenten dann, in beiden Häusern des Kongresses ausreichend Stimmen für eine Contra-Hilfe über 100 Mio. US-\$, davon 70 Mio. für Kriegsgerät, zu mobilisieren. Nach der Aufdeckung des Iran-Contra-Skandals war die demokratische Mehrheit im House of Representatives jedoch nicht länger bereit, der Alimentierung der von Reagan als "freedom fighters" bezeichneten Contra ihre Zustimmung zu geben, so daß den letzten diesbezüglichen Anträgen des Weißen Hauses Anfang 1988 kein Erfolg beschieden war. Die Autorin verdeutlicht, wie der Präsident vermittels öffentlicher Auftritte (v.a. Fernseh- u. Radioansprachen), in denen er mit dramatischen Worten die von Nicaragua ausgehende Gefahr beschwor, die öffentliche Meinung für seine Position zu gewinnen und damit indirekt auch die Parlamentarier zu beeinflussen versuchte. Sie stellt auch die von der Exekutive zum Zwecke der Propagandatätigkeit für

die offizielle Zentralamerika-Strategie kreierten (und insgesamt wenig erfolgreichen) Einrichtungen sowie das ähnliche Ziele verfolgende private Contra-Lobby-Netzwerk vor. Des Weiteren legt sie dar, daß die Regierung nicht bereit war, die ihr von der Legislative gezogenen Grenzen zu beachten und sich vielerlei Täuschungsmanöver bediente, um ihre wahren regionalpolitischen Ziele zu kaschieren.

Ausschlaggebend für den zeitweisen Stimmungsumschwung im Repräsentantenhaus war eine Gruppe von konservativen (zumeist aus den Südstaaten stammenden) Demokraten, die einen Mittelweg zwischen dem Konfrontationskurs der Reagan-Administration und der Verweigerungshaltung der Mehrheit der "liberals" in der demokratischen Fraktion favorisierten. Diese Abgeordneten betrachteten den Sandinistenstaat zwar als undemokratisches, die regionale Stabilität gefährdendes Regime, sahen aber Alternativen zu dem von den Republikanern verfolgten repressiv-militärischen Lösungsansatz. Ihnen genügte es nicht, gegen etwas zu stimmen, so daß sich ihr Bestreben bald darauf richtete, die regionale Entwicklung konstruktiv zu beeinflussen. Letztendlich genügten Reagan aber geringfügige und zudem partiell eher symbolische Zugeständnisse, um die Unterstützung dieser Gruppierung zu gewinnen. Der Schlüsselrolle dieser von Dave McCurdy aus Oklahoma angeführten Abgeordneten-Gruppe in den beiden positiven Voten des Repräsentantenhauses für die Contrahilfe korrespondierte ein Einflußverlust der formalen Machtzentren der Mehrheitsfraktion in Gestalt der demokratischen *Leadership*. Die regionalpolitische Lähmung der Exekutive nach dem Publikwerden der Iran-Contra-Verstrickung eröffnete einen Spielraum, den der (mittelamerikakundige) Speaker des Repräsentantenhauses (Jim Wright) zum Engagement für eine Verhandlungslösung des Regionalkonflikts nutzte, während ein Teil der Demokraten, die in der letzten Abstimmung über die Contra-Hilfe die Position der Republikaner gestützt hatten, sich wieder der Linie ihrer Fraktionsmehrheit anschlossen, wozu auch die starre Haltung der Regierung beitrug, die an ihrem unversöhnlichen Konfrontationskurs auch dann noch festhielt, als der Arias-Friedensplan erste Früchte zu tragen begann.

In gewisser Weise liefert die Studie von Ute Meyer die Details zu einer in ihren Grundzügen längst bekannten Geschichte nach: Daß der Kongreß und namentlich die oppositionellen Demokraten maßgeblich zur Zügelung des von Präsident Reagan angetriebenen Contra-Krieges beitrugen, ist nicht neu; die Untersuchung vermittelt Einblicke in das politische Ringen innerhalb des Repräsentantenhauses und – im Hinblick auf die abweichende bzw. schwankende Position einer Minderheitsgruppe – innerhalb der Fraktion der Demokraten.

Allerdings kann man die Studie überhaupt nur dann mit einem gewissen Gewinn lesen, wenn man über relativ weitreichende Kenntnisse über das komplexe politische Geschehen in und um die zentralamerikanische Krisenzone in den 80er Jahren verfügt. Der Hinweis ist trivial, daß die Meinungsbildung im Kongreß auch durch die Ereignisse in der Region selbst beeinflusst wurde – dieser wichtige Faktor wird in der Arbeit jedoch sträflich vernachlässigt. Beanstandet wird nicht das Fehlen einer detaillierten Darstellung des regionalen Konfliktgeschehens, unverzichtbar ist aber die Skizzierung des Kontextes, auf den sich

die untersuchten parlamentarischen Entscheidungen beziehen. So wird zwar mehrfach kurz auf Friedensbemühungen in der Region hingewiesen, ohne daß die Akteure und der Charakter dieser Initiativen kenntlich gemacht werden. Zur CONTADORA-Initiative, die nicht zuletzt infolge der Obstruktionspolitik der Reagan-Administration ihr Ziel nicht erreichte, fehlen auch die rudimentärsten Angaben einschließlich möglicher Literaturhinweise in den Fußnoten. Konsequenz der Ausblendung dieser Aktionsebene ist u.a. die Überbewertung der Rolle des Repräsentantenhaus-Speakers Jim Wright beim Zustandekommen des Arias-Plans. Die Autorin beschreibt die Propagandakampagne der Regierung zur Verbreitung ihrer Sicht des Regionalkonflikts in der US-Öffentlichkeit, gibt dem Leser aber keinerlei Kriterien an die Hand, um zentrale Vorwürfe an das Sandinistenregime beurteilen zu können (u.a. Waffentransfer nach El Salvador, "Wahlfarce" von 1984, u.a.) Auch die große wirtschaftliche und militärische Abhängigkeit der Regierungen von Honduras und El Salvador, mit denen Delegationen des Repräsentantenhauses auf Informationsreisen mehrfach konferierten, wird mit keinem Wort erwähnt.

Die Mängelliste beschränkt sich aber nicht nur auf das, was die Autorin weggelassen hat. Namen (mit und ohne Funktionsbeschreibung) tauchen auf und verschwinden – etwa im Fall der aufeinanderfolgenden Sicherheitsberater Reagans - ,ohne daß dem Leser eine grobe Orientierung geboten wird. Mehrere Begriffe zum parlamentarischen Procedere (u.a. "bully pulpit", expedited procedures) werden mehrfach erwähnt, aber an keiner Stelle erklärt. Schwerer wiegt freilich die z.T. verwirrende Systematik im Aufbau der Arbeit, was durch die zahlreichen Querverweise unterstrichen wird. Auch im Hinblick auf die für den dominierenden Argumentationsstrang der Studie so zentrale Gruppe der demokratischen *swing voters* enthält die Analyse einen fundamentalen Schwachpunkt: Während die Gründe für das positive Votum von 51 dissidenten Demokraten bei der Abstimmung über 100 Mio. US-\$ Contra-Hilfe im Juni 1986 breite Erörterung finden, gibt Meyer keinerlei Erklärung dafür ab, warum bei der Entscheidung über ein neuerliches Unterstützungspaket im Februar 1988 – also nach der Aufdeckung des Iran-Contra-Skandals und nach dem von der Autorin konstatierten "Auseinanderbrechen der McCurdy-Gruppe" (141) – noch immer 47 Repräsentanten der Demokratischen Partei die Position des Weißen Hauses unterstützten. Ähnlich interessant wären einige Erläuterungen zu dem Faktum gewesen, daß der Senat auch dann noch mehrheitlich den hardliner-Kurs Reagans mittrug, als dort nach den Wahlen von 1986 eine Majorität aus Demokraten agierte. Schließlich muß das Plädoyer für die Vorzüge des "interbranch politics"-Ansatzes für Analysen des außenpolitischen Entscheidungsprozesses relativiert werden, weil dessen Anwendung eben nur bei solchen "issues" sinnvoll ist, bei denen deutliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Exekutive und Legislative bestehen. In der Regel gibt es bei innenpolitischen Themen wesentlich mehr Differenzen zwischen Regierung und Kongreß als bei der Gestaltung der Außenpolitik.

Gesamthaft bewertet, wird die vorgestellte Studie dem Komplexitätsgrad des Untersuchungsgegenstands nicht gerecht, viele Fragen bleiben offen bzw. werden unbefriedigend beantwortet. Während das Buch den Benutzern, die an der US-Außenpolitik gegenüber Lateinamerika interessiert sind, einige komplementäre Einsichten zu vermitteln vermag,

bietet es denjenigen Lesern, die vertiefte Kenntnisse über den außenpolitischen Entscheidungsprozeß der USA suchen, nur ein unvollständiges (dominant "innenpolitisches") Bild.

Karl-Dieter Hoffmann

Bernd Arnold

Steuer und Lohnarbeit im Südwesten von Deutsch-Ostafrika, 1891 bis 1916

Lit Verlag, Hamburg, 1994, 415 S., Europa – Übersee, Bd. 4, DM 78,80

Markus Boller

Kaffee, Kinder, Kolonialismus: Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung in Buhaya (Tansania) in der deutschen Kolonialzeit

Lit Verlag, Hamburg, 1994, 232 S., Studien zur Afrikanischen Geschichte, Bd. 11, DM 48,80

The two books both published by the Lit Verlag are regional studies of Mainland Tanzania during the German colonial period written either from an ethnological or social and economic history perspective, respectively.

The book by *Bernd Arnold* is on taxation and wage-labour in south-west of what was German East Africa, then known as Bezirk Langenburg what are today Mbeya and Iringa regions in Tanzania. The book which covers the period from 1891 to 1916 is based on a doctoral thesis which was submitted to the Humboldt University of Berlin in 1987 at that time in what was the German Democratic Republic. The thesis which is mainly a regional historical-ethnological study was revised in 1992 for publication. The work uses rich mission archival sources in the archives of the "Evangelische Brüder-Unität Herrnhut" available in Saxony, Germany and those of the "Berliner Missionsgesellschaft" in Berlin together with those of the "Deutsches Zentralarchiv, Bundesarchiv Potsdam". The two missionary societies did send missionaries to christianise the area of what are today the Moravian Church in south-west Tanzania and the Konde Diocese of the Evangelical Lutheran Church in Tanzania. The book is further enriched by 56 photographs on missionaries and people of the area undertaking different economic or social activities during that period.

Although the publication is on the German colonial period, the author has written a whole chapter on the pre-colonial period discussing among other issues labour, exchange and surplus production. The study of the German colonial period is mainly on taxation and wage-labour and how these succeeded in turning the African into a "willing" labourer working for the Germans as compared to forced labour which was also at that time used to get labourers to historical analysis of the law introducing the different types of taxes which